

Eurokrise, Energiewendekrise, Mindestlohnkrise, Flüchtlingskrise: Wo ist die freiheitliche Politik?

10 Thesen:

1. Alle oben genannten Krisen sind Folgen einer Politik, die Ziele fokussiert, ohne die die Zielerreichung ermöglichenden Nebenbedingungen zu beachten. Diese lauten: gemeinsame Fiskalpolitik, gemeinsame Infrastrukturpolitik, gemeinsame Arbeitsmarktpolitik, gemeinsame Asylpolitik – wenn man nicht den damit verbundenen Interventionismus grundsätzlich ablehnt. Man muss sie nach dem Gesichtspunkt der „*Interdependenz der Ordnungen*“ ablehnen! Oder nach Ludwig ERHARDS Antwort: „*Man kann nicht ein bisschen schwanger sein*“, auf die Frage, ob nicht ein wenig Markt reiche, um Wohlstand zu produzieren. Im Sinne dieser Interdependenz gibt es eine Verschränkung von Sozialem und Ökonomischem, das eine bedingt das andere, gleichsam wie das *Yin* das *Yang* im Taoismus.
2. Politikberatung muss – um ökonomisch effektiv und effizient zu sein und gesellschaftspolitisch akzeptiert zu werden – im Sinne der wechselseitigen Bedingtheit des Sozialen und des Ökonomischen, einer Werterückbindung bei der Gestaltung des wirtschaftlichen Ordnungsrahmens und beim diesen ausfüllenden Handeln (Spielregeln – Spielzüge) genügen: Eigentlich verläuft Politikberatung als ein Vierklang: Fragestellung mit Relevanzbeurteilung – Theorie und Modell – Empirie – Semantik, also ethische Reflektion. Soziale Ökonomien sind ebenso wie Theorie und Empirie ineinander verzahnt und nicht dialektisch zu sehen. ERHARDS Vorstellungen liegen näher bei ARISTOTELES und Immanuel KANT, im Sinne des Zusammengehens von Theorie und Praxis bei Carl von CLAUSEWITZ dem wiederum das „*theoria cum praxi*“ von Wilhelm LEIBNIZ zugrunde liegt, das auf Laotse zurückgeht.
3. Freiheitliche Politik muss zwei Anforderungen genügen, nämlich einmal dem Anspruch an das Individuum, an seine Autonomie und damit generell an den Gedanken der Aufklärung. Zum zweiten muss sie evidenzbasiert zu sein, die Politik muss also einen Beitrag zur Lösung von Problemen auf dem ordnungsökonomischen oder auf dem ausführenden Niveau sein.

Evidenzbasierte Politikberatung nimmt die ersten drei Gesichtspunkte auf. Die Frage nach den richtigen Theorie- und Modellkonstrukten (Theorie- und Modellirrtum), der Methodik (stat. Irrtum) und der Kausalität (Vergleichsgruppe) stellt den Forscher oft vor kaum zu bewältigende Herausforderungen. Diese Technikalien möchte ich heute nicht beleuchten – nicht weil ich ERHARDS grundlegender Skepsis folge, sondern weil ich der Meinung bin, dass dies der falsche Ort dafür ist.

4. Aus meiner Sicht ist die normative Frage weit bedeutender. Welcher Zweck liegt der Wirtschaftspolitik zugrunde? Mit dem Begriff des Zwecks, der in der politischen Absicht liegt, aus der Ziele abzuleiten sind, die durch den Einsatz von Mitteln erreicht werden sollen, folgt Carl von CLAUSEWITZ der Philosophie von Immanuel KANT (1785 BA64/5). Der Zweck wird als etwas Absolutes gesehen, über den kein anderer Zweck gesetzt werden kann. Während es konkreter Entscheidungen bedarf, Ziele zu setzen, sind die Zwecke gegeben, oft als etwas Existentielles oder quasi als unverrückbare Problemlagen. Werden Ziele durch den Einsatz von Mitteln erreicht, dann entfallen sie; neue Ziele sind aufzustellen. Der Zweck hingegen bleibt.

Begründete Skepsis tritt hinsichtlich der Effizienz und Effektivität wirtschaftspolitischen Handelns hinzu, nämlich die Verschränkung des politischen und des ökonomischen Systems. Sie bedingt, dass mit zunehmender Bürokratisierung (auch Max WEBER) und Zunahme der Komplexität (Helmut SCHELSKY) der Demokratie die Entscheidungsfreiheit verlorengeht (Colin CROUCH). Das gipfelt dann in dem, was man als Alternativlosigkeit (Angela MERKEL) bezeichnet. Diese kann nur noch durch fehlende Orientierung gesteigert werden: Ohne Ziel stimmt jede Richtung!

5. KANT ordnet den Aspekt des Ökonomischen und des Humanums: *„Im Reich der Zwecke hat alles entweder einen Preis oder eine Würde. Was einen Preis hat, an dessen Stelle kann auch etwas anderes als Äquivalent gesetzt werden; was dagegen über allen Preis erhaben ist, mithin kein Äquivalent verstattet, das hat eine Würde.“* Wenn man alles, was Würde hat, ökonomisiert, bereitet man den Weg für das Programm, das Karl MARX und Friedrich ENGELS (1948) im *Kommunistischen Manifest* als Drohkulisse der damals vorherzusehenden, inzwischen manifesten Moderne vorgezeichnet haben, nämlich die Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Das ist dann schließlich die Ebene des Wirtschaftskriegs, den die Finanzkrise begünstigt hat.

Nach KANT ist der Zweck der Mensch, er darf nie Mittel sein. Wird er zu diesem, so kann das im Sinne des hier Verhandelten als illiberal eingeordnet werden. In Bezug auf ERHARD ist die Frage zu stellen: Ist die Ordnung der Zweck – analog zu Carl von CLAUSEWITZ, bei dem die Politik der Zweck des Handelns ist?

6. Immanuel KANT stellt in der *Kritik der reinen Vernunft* vier große Fragen zur menschlichen Existenz in den Vordergrund: *„Was kann ich wissen?“* *„Was soll ich tun?“* *„Was darf ich hoffen?“* *„Was ist der Mensch?“* Auf die zweite folgt die Aufforderung: *„Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip der allgemeinen Gesetzgebung gelten könne“*. Damit verortet er klar die individuelle Verantwortung und Haftung für das eigene Handeln: *„Man darf sich bei Vergehen gegen die Redlichkeit niemals auf die Schwäche der menschlichen Natur berufen; denn in der Redlichkeit kann man vollkommen sein.“* Damit ist klar: Die moderne Gesellschaft mit ihrer Individualorientierung kann bzw. darf sich nicht bei

unverantwortlichem Handeln mit Systemzwängen, Organverantwortung oder Organisationsversagen oder fehlender Aufklärung entschuldigen.

Der tugendethische Anspruch ist individualistisch und dezentral zu interpretieren, weil der Rahmen allein keine Freiheit gewährleisten kann. In einem chinesischen Kontext ist das das Bild vom Vogel im Käfig: Der Käfig soll den Rahmen bieten, wenn der Vogel allerdings, weil der Käfig zu eng ist, ständig dagegen anfliegt, wird er seine Federn verlieren; es bedarf also eines Rahmens, der aus sittlichen Gründen allgemein akzeptiert wird.

7. Immanuel KANT sagt „*Der Staat ist ein Volk, das sich selbst beherrscht.*“ LUDWIG XIV. von Frankreich behauptet: „*L'état, c'est moi!*“ Herrscht das Volk? Oder herrscht ein Führer? Sind wir in einer neuen Staatsform, dem Draghiat? Carl SCHMITT gibt Hilfe: Feindschaft wird als politisch relevanter Ausnahmezustand erkannt. Im *Der Begriff des Politischen* (1927) verdeutlicht er den radikalen, nicht zu überwindenden und damit auch nicht zu harmonisierenden und agonal bleibenden Antagonismus zwischen Freund und Feind – Feind im staatlichen Sinne (*hostis*) nicht im persönlichen (*inimicus*). Diese anthropologische Sicht auf die Existenz des Menschen wird zum Kern des Politischen: „*Die eigentlich politische Unterscheidung ist die Unterscheidung von Freund und Feind. Sie gibt menschlichen Handlungen und Motiven ihren politischen Sinn; auf sie führen schließlich alle politischen Handlungen und Motive zurück. ... „Zum Begriff des Feindes gehört die im Bereich des Realen liegende Eventualität eines bewaffneten Kampfes, das bedeutet hier eines Krieges (...) Der Krieg folgt aus der Feindschaft, denn diese ist seinsmäßige Negierung eines anderen Seins.*“ Demzufolge sind politische – und auch ökonomische – Normen ein klares Ergebnis der Entscheidung zwischen Freund und Feind. Der wichtigste Feind der Moderne ist der fehlende Wille zur Verantwortung. Das war auch in der Finanzkrise klar – die Verteilungseffekte von Energiekrise oder Flüchtlingskrise – zu Lasten der Flüchtlinge – legen ähnliches Denken nahe.

Genau hier setzt Erhard an: Regeln leisten nicht alles: Wenn Banken angesichts der mehrfachen Vorhaltungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in den letzten Jahren, nichts gelernt zu haben, fordern, man solle ihnen ihr gefährliches Treiben regulatorisch verbieten, haben sie die Tugendethik und Ludwig ERHARD nicht verstanden.

8. Denn, wie Carls SCHMITT in der *Politischen Theologie* ausführte, ist der Diktator – heute der Chef der EZB – im revolutionären Umfeld die konstituierende Macht (*pouvoir constituant*), ansonsten an die konstituierte Macht gebunden (*pouvoir constitué*), und er führt gleich in der ersten Zeile seiner Schrift aus: „*Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.*“ Noch detaillierter: „*Es gibt keine Norm, die auf ein Chaos anwendbar wäre. Die Ordnung muß hergestellt sein, damit die Rechtsordnung einen Sinn hat. Es muß eine normale Situation geschaffen werden, und souverän ist derjenige, der definitiv darüber entscheidet, ob dieser normale Zustand wirklich herrscht.*“

Es sei wiederholt: Im Sinne des Freiheitlichen ist der Feind die Verantwortung, die Autonomie und die Tugend. Gegen sie wendet sich faktisch alles, was hier als illiberal gebrandmarkt wird.

9. Dieser normale Zustand herrscht nicht – weder auf den Finanzmärkten, noch im Energiesektor, nicht im Arbeitsmarkt und erst gar nicht im Flüchtlingsbereich. Alles sind Ausnahmezustände, bei denen das, was früher als politischer Diskurs üblich war, in einer autoritären Alternativlosigkeit versickert. Damit gelingt es nicht, den Schatz aus dezentral vorhandenen Informationen zu heben und zu Wissen und Kompetenz zu verdichten. Unter den Bedingungen konstitutioneller Unwissenheit (HAYEK) der politischen Entscheider wird Politikberatung sinnlos, weil die Fähigkeit zur Beurteilung fehlt. Der Staat weiß es ohnehin besser und verlangt vor allem affirmative Bestätigung.

Es herrscht in meiner Sprache Wirtschaftskrieg, das Zerstören von Institutionen mit langfristigen Folgen für den Wohlstand. Wenn Reputation die wichtigste Währung ist, dann bedeutet das, dass nicht nur eine Ordnung zerstört wurde, sondern auch die Glaubhaftigkeit eines Aufbaus und damit Erhalts, wenn wieder zu den alten Strukturen zurückgekehrt wird.

Die Tragödie EZB – um dies beispielhaft auszuführen – ist es, dass die Regelverletzungen, gerechtfertigt mit dem Erfordernis, die Krise zu meistern, genau das nicht zu leisten vermochten. Zentralbankpolitik baut aber auf Reputationskapital auf. Ist dieses nicht vorhanden, weil Regeln keine Bindungen entfalten, lebt man in der schlechtesten aller Welten: Regelverletzungen sind ineffizient und der Systemglaube für künftig glaubhaftes Handeln ist verspielt.

Timothy SNYDER würde ergänzen: Um Strukturen richtig und nachhaltig vernichten zu können, bedarf es neben einem ökologischen Auslöser, insbesondere schlechten Umweltbedingungen, einer Technologie, die die Eliminierung ermöglicht und einer Ideologie, die dies rechtfertigt und vor allem auch des Zerstörens von Institutionen.

10. Politikberatung muss auf bessere Zeiten hoffen. Erst wenn der Dreiklang aus Zurechnung, Verantwortung und Haftung wieder zum sozial – nicht nur ökonomisch – Akzeptierten zählt, hat sie wieder eine Chance.

In den Worten Ludwig ERHARDS: Freiheitliche Ordnung bedeutet, dass von oben ein Rahmen gesetzt wird, der von unten akzeptiert wird. Im Sinne des Zweck-Gedankens: Es sind die Politik (Ordnungsrahmen) und der Mensch, die in einem Gegenstromprinzip interdependent sind.